

Beschluss des MIT-Bundesvorstands am 07. September 2015 in Berlin
Antragsteller: Dr. Markus Pieper MdEP (Vorsitzender der Kommission Europapolitik)

Der Bundesvorstand hat nachstehenden Antrag einstimmig beschlossen. Nach Beschlussfassung auf dem Bundesmittelstandstag im November 2015 soll er auf dem CDU-Bundesparteitag im Dezember 2015 eingereicht werden.

**Bessere Folgenabschätzung von EU-Gesetzen und mehr Subsidiarität:
Unabhängiges EU-Gremium für bessere Rechtsetzung erforderlich**

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU fordert ein unabhängiges Gremium auf europäischer Ebene, welches Qualitätschecks von Folgenabschätzungen sowie Subsidiaritätsprüfungen vornimmt. Die CDU und die CSU, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der PKM, die Europaabgeordneten von CDU und CSU sowie die verantwortlichen Stellen werden aufgefordert darauf hinzuwirken, dass dieses Gremium ähnlich dem Nationalen Normenkontrollrat eingerichtet wird.

Begründung:

Die Vorschläge der Europäischen Kommission zur besseren Rechtsetzung zeigen eine insgesamt positive Richtung auf. Das Europäische Parlament und der Rat werden in diesem Zusammenhang dazu aufgefordert, Kompetenzen für die Folgenabschätzung insbesondere von eigenen Änderungen an bestehenden Gesetzgebungsvorschlägen aufzubauen. Auch die Vorschläge für eine Plattform mit Interessenvertretern aus Wirtschaft-, Umwelt- und Sozialbereichen sowie nationalen Experten stellen ebenso wie die Einrichtung des Regulatory Scrutiny Boards mit jeweils drei externen Experten und drei Mitarbeitern der Kommission wichtige Schritte hin zu einer unabhängigeren Bewertung der Kommissionsinitiativen dar. Allerdings gilt es, aufbauend auf dem Modell nationaler Normenkontrollräte, eine komplett unabhängige Einrichtung zu schaffen, die den Gesetzgebungsanspruch (Subsidiaritätsfrage) und die Qualität der Folgenabschätzungen (Bürokratielast, Kostenwirkung) anhand standardisierter Verfahren bewertet. Dazu müsste das Regulatory Scrutiny Board aufgewertet werden und sollte unabhängig zwischen den drei Institutionen agieren können. Die Zahl externer (ggf. ehrenamtlicher) Experten wäre deutlich zu erhöhen.